

RUNDBRIEF

Nr. 02/2010

Liebe Freunde,

Internationaler Frauentag, Equal Pay Day, Girls' Day, Walpurgisnacht, Muttertag ... all das haben wir jetzt glücklich hinter uns gebracht. Langsam kann er kommen, der Sommer.

Für Viele heißt es dann schon bald wieder: Koffer packen und in Urlaub fahren. Es muss ja nicht gleich Griechenland sein. Anderswo ist es auch schön.

Wer sogar ganz zuhause bleibt, hat viel Zeit, mal wieder etwas Sinnvolles zu tun. Etwa, MANNdat bei seinen vielfältigen Aktivitäten zu unterstützen. Anregungen liefert euch hoffentlich unser aktueller Rundbrief, bei dessen Lektüre wir euch wie immer viel Spaß wünschen. Und wer jemanden kennt, der daran Interesse haben könnte, darf ihn natürlich auch weiterleiten.

Euer MANNdat-Team

Inhalt

Gegen die Verharmlosung der Bildungsmisserfolge von Jungen

MANNdat nimmt die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums unter die Lupe

[Seite 3](#)

Freiburg und Heidelberg sind Schlusslichter bei Jungenförderung

Schlusslichter bei der Beteiligung am ersten landesweiten Boy's-Day in BW

[Seite 3](#)

Plant die CDU/CSU neue Zwangsdienste für Männer?

MANNdat zu den Ansätzen einer allgemeinen Dienstpflicht nur für Männer

[Seite 4](#)

„Gender Mainstreaming“ in der Bundeswehr

Männerdiskriminierung im Namen der Gleichberechtigung

[Seite 5](#)

Offener Brief: Gesetz gegen Beschneidung

Gegen die Einseitigkeit der deutschen Geschlechterpolitik – schon bei Kindern

[Seite 10](#)

MANNdat-Studie: Männer finanzieren, Frauen profitieren

MANNdat nimmt sich des feministischen Instruments „Gender Budgeting“ an

[Seite 11](#)

Was sonst noch passierte: Ein satirischer Rückblick

Die dümmsten Artikel zum Weltfrauentag

Jedes Jahr wieder: Realsatire in den deutschen Medien

[Seite 12](#)

Das rechte Männer-Bundesforum

Herr Gesterkamp und das neue „Bundesforum Männer“

[Seite 17](#)

Mehr Feminismus für Afghanistan. Und alles wird gut

Grüne Patentrezepte gegen den Krieg

[Seite 19](#)

Gegen die Verharmlosung der Bildungsmisserfolge von Jungen

Alle unabhängigen Fachleute bestätigen den dringenden Handlungsbedarf bei der Bildungsförderung von Jungen. Doch die Politik tut nichts, um das Problem zu lösen.

Das Bundesjugendkuratorium hat im September 2009 eine Stellungnahme zu den Bildungsmisserfolgen von Jungen erstellt. MANNdat hat diese Stellungnahme analysiert und erhebliche Mängel festgestellt. [Lesen Sie hier unseren ausführlichen Kommentar.](#)

[Zurück](#)

Freiburg und Heidelberg sind Schlusslichter bei Jungenförderung

In diesem Jahr, zehn Jahre nach Einführung des bundesweiten Zukunftstages für Mädchen, führt Baden-Württemberg zum ersten Mal parallel zum Girls' Day flächendeckend einen Boys' Day durch, an dem Jungen geschlechteruntypische Berufsbereiche vorgestellt werden sollen.

Betrachtet man die Aktionslandkarte der zentralen Boys' Day-Datenbank von Baden-Württemberg mit Stichtag vom 5. April 2010, zeigen sich deutliche Unterschiede in der Beteiligung zwischen den Kommunen. Der Vergleich der neun Großstädte in Baden-Württemberg ergibt für Karlsruhe etwa 60, für Mannheim, Heilbronn und Pforzheim jeweils etwa 30, Stuttgart und Reutlingen jeweils etwa 25 und Ulm etwa 10 angebotene Praktikumsplätze. Schlusslichter mit lediglich zwei bzw. einem Platz sind Freiburg und Heidelberg.

Fast jeder 10. Junge ohne Migrationshintergrund und fast jeder 4. Junge mit Migrationshintergrund verlässt heute die Schule in Deutschland ohne einen Abschluss. Die männliche Jugendarbeitslosenquote ist in manchen Regionen um über 40% höher als die weibliche. Der nationale Bildungsbericht 2008 bestätigt, dass das Risiko für Jungen und junge Männer, im Bildungssystem zu scheitern, nach wie vor zunimmt. Die Shell-Jugendstudien zeigen zunehmend schlechtere Zukunftsperspektiven für Jungen und männliche Jugendliche. Jungenförderung ist deshalb dringend notwendig, das Thema ist aber noch nicht überall angekommen.

„Die zunehmenden Bildungsmisserfolge von Jungen werden oft nicht als Problem erkannt, sondern mehr als positive Rückmeldung einer einseitigen Mädchenförderung gesehen“, meint Dr. Bruno Köhler von MANNdat, einem Verein, der sich für Jungenförderung stark macht.

[Zurück](#)

Plant die CDU/CSU neue Zwangsdienste für Männer?

Für die CDU/CSU, insbesondere die Junge Union, ist eine zivile Zwangsdienstpflicht für Männer ein langgehegter Wunsch. Offenbar sieht sie die Zeit dafür nun gekommen.

Die Rahmenbedingungen wurden geschaffen. Das neue Referat „Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer“ wird zwar der Öffentlichkeit als „Jungenförderung“ verkauft. Tatsächlich aber ist ein zentraler Schwerpunkt die effektivere Nutzung junger Männer als Zivildienstleistende. Als Ansprechpartnerin für diese „Jungenförderung“ in der CDU/CSU-Fraktion wurde mit Dorothee Bär ausgerechnet eine Person ernannt, die auf die Einführung einer neuen Zwangsdienstregelung für Männer auch im zivilen Bereich drängt. Sie verlangte gleich nach der Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb, den Zwangsdiensteinsatz „in Bereichen wie Soziales, Ökologie, Kultur (z.B. Film, Musik), Denkmalpflege, Politik oder Sport...in der allgemeinen ... Dienstpflicht für junge Männer zu bündeln“.

„Jahrzehntelang waren der Politik die Jungen relativ egal“, meint Dr. Bruno Köhler vom Verein MANNdat, „aber ausgerechnet jetzt, da der soziale Bereich über Mangel an Zwangsdienstkräften klagt, findet die Regierung plötzlich ihr Herz für Jungs. Aber nicht etwa in Form einer längst notwendigen Bildungsförderung von Jungen, sondern im effektiveren Zivildienstgebrauch von jungen Männern. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.“

Viele Experten sind schon lange der Auffassung, dass die Wehrpflicht nur noch aus Gründen der Zivildienstleistungsstellen im sozialen Bereich aufrecht erhalten wird. Kritik an der Verkürzung der Wehrpflicht kam deshalb auch vorwiegend aus dem sozialen Bereich, dem billige Arbeitskräfte verloren gehen. Der Zwangsdienst junger Männer im zivilen Bereich ist bislang nur als Ersatzdienst für die Wehrpflicht gedacht. Momentan ist Zwangsarbeit von Männern im zivilen Bereich noch ebenso verboten wie die Zwangsarbeit von Frauen.

Anfragen von MANNdat an CDU/CSU und FDP, aber auch an die Opposition, zumindest von SPD und Linken, zum Thema „Zwangsdienste für Männer“ blieben durchweg unbeantwortet. Lässt sich die Opposition von der CDU/CSU/FDP zu einem Kuhhandel überreden?

[Zurück](#)

„Gender Mainstreaming“ in der Bundeswehr

Frauen in der Armee

Frauen waren weltweit über Jahrhunderte vom Dienst in Kampfeinheiten von Armeen ausgeschlossen. Als erste Armee der Welt setzte Israel im Unabhängigkeitskrieg 1948 regulär Frauen in gemischten Einheiten bei Bodengefechten ein. Die Bilanz war erschütternd. Sobald eine Frau verwundet wurde, vergaßen die männlichen Kameraden ihren Auftrag und ihren eigenen Schutz, um den Soldatinnen zu helfen. Die Verluste stiegen an, die Kampfmoral sank. Feindliche Truppen empfanden es als Schmach, vor weiblichen Soldaten zu kapitulieren und kämpften selbst bei klarer militärischer Unterlegenheit weiter. Mehr Blutvergießen war das Ergebnis.

Folgerichtig wurden ab 1950 Frauen nicht mehr in Kampftruppen zugelassen. Diese Regelung wurde infolge einer Klage 1994 wieder geändert. In offensiven Operationen werden aber aufgrund der Erfahrungen von 1948 nach wie vor keine Frauen eingesetzt (Quelle: On Killing: The Psychological Cost of Learning to Kill in War and Society, Dave Grossmann, Back Bay Books, 1998).

In der US-Armee werden Frauen schon seit 1948 eingesetzt, 1994 wurden sämtliche Einschränkungen aufgehoben. Dennoch werden in Kämpfen mit direktem Feindkontakt nach wie vor keine Frauen eingesetzt. Klagen von Frauenrechtlerinnen dagegen sind nicht bekannt.

Geschichte der Frauen in der Bundeswehr

1975 wurde beschlossen, dass bereits ausgebildete Ärztinnen als Sanitätsoffiziere dienen dürfen, 1988 wurden dann Ärztinnen in der Laufbahn der Offiziere zugelassen. Ab 1991 wurden Frauen dann auch in den Mannschafts- und Unteroffizierlaufbahnen des Militärmusikdienstes und des Sanitätswesens zugelassen. Diese Ausnahmen wurden nur gewährt, weil Sanitäter eine Waffe höchstens zur Selbstverteidigung bei sich tragen, ein aktives Eingreifen in Kampfhandlungen ihnen jedoch untersagt ist.

Im Jahr 2000 klagte sich schließlich Tanja Kreil bis vor den Europäischen Gerichtshof, um Soldatin bei der Luftwaffe werden zu können. Unterstützt wurde sie bei ihrer Klage vom Deutschen Bundeswehrverband, einer Art Gewerkschaft der Bundeswehr. Sie bekam schließlich Recht, hatte bis dahin ihren Berufswunsch jedoch schon wieder geändert und wurde nicht Soldatin.

Die logische Folge dieses Urteils wäre nun gewesen, auch Frauen zum Wehr- oder Ersatzdienst nach Artikel 12a Abs.1 GG zu verpflichten. Schließlich hatte das Gericht erkannt, dass ein Dienst an der Waffe nur für Männer gegen das Grundgesetz verstößt. Dies ist jedoch aufgrund einer mächtigen Frauenlobby im Bundestag nicht geschehen, die nötige 2/3-Mehrheit zur Verfassungsänderung wäre nicht zu erreichen gewesen. Stattdessen wurde Artikel 12a Abs.4 letzter Satz geändert. Wo es vorher hieß: Frauen dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten, heißt es jetzt Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.

Im Klartext bedeutet das: Männer sind laut Gesetz zum Wehr-/Zivildienst verpflichtet, eine Verpflichtung von Frauen ist dagegen verboten. Wenn sie jedoch freiwillig in der Bundeswehr Dienst tun wollen, darf ihnen das nicht verwehrt werden. Zu diesem Privileg wollten auch „Lobbyistinnen“ nicht Nein sagen.

Die Bundeswehr öffnete daraufhin alle Laufbahnen auch für Frauen – von Piloten über die

Panzertruppe bis hin zu Spezialkräften.

Da sich die Bundeswehr gerne als Spiegelbild der Gesellschaft sieht, wurde nach einiger Zeit der Beratung Anfang 2005 ein Gesetz mit dem schönen Namen „Soldatinnen- und Soldaten Gleichstellungsgesetz“ verabschiedet. Kernstück dieses Gesetzes ist eine Frauenquote von 50% im Sanitätsdienst und 15% in allen anderen Laufbahnen. Solange die Quote nicht erfüllt ist, gelten Frauen als unterrepräsentiert.

In Teilen ist dieses Gesetz ein Gruselstück des Gender Mainstreaming. Die Verfasser des Gesetzestextes sind anscheinend davon ausgegangen, dass bei der Bundeswehr Männer Dienst tun, die nur darauf warten, die neu eingetretenen Frauen zu unterdrücken, zu belästigen und ihnen ansonsten immerzu Steine in den Karriereweg zu legen.

Das Soldatinnen- und Soldaten Gleichstellungsgesetz (SGleiGesetz)

Schon in §1 Abs. 1 dieses Gesetzes heißt es: Nach Maßgabe dieses Gesetzes werden Soldatinnen gefördert, um bestehende Benachteiligungen abzubauen.

In §6 wird – wie im öffentlichen Dienst schon länger üblich – festgelegt, dass Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt einzustellen sind.

Der erste Paukenschlag folgt dann in §7. Laut diesem Paragraphen müssen bei Annahmeverfahren gleich viele Frauen wie Männer getestet werden, wenn Frauen auf dieser Stelle unterrepräsentiert sind. Dazu ein Beispiel: Auf zwei Stellen als Elektroniker/in bewerben sich 8 Männer und 3 Frauen mit ungefähr gleicher Qualifikation. Zum Test werden dann 3 Männer und 3 Frauen eingeladen, 5 Männer werden von vornherein aussortiert. Weiter ist festgelegt, dass die Prüfungskommission paritätisch von Frauen und Männern zu besetzen ist. Wenn Frauen aber auf allen bei der Bundeswehr vorhandenen Stellen für Elektroniker/in unterrepräsentiert sind, müssen sie laut §6 bevorzugt eingestellt werden. Mit Gleichberechtigung hat das selbstredend überhaupt nichts zu tun.

Somit hat eine Bewerberin schon mal unschlagbare Vorteile bei der Einstellung. Das ist jedoch noch lange nicht genug. Der berufliche Aufstieg wird gleich danach im §8 geregelt, wo es heißt: Sind Frauen in einzelnen Bereichen unterrepräsentiert, sind sie beim beruflichen Aufstieg bei gleicher Qualifikation bevorzugt zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für Berufungen in das Dienstverhältnis, Umwandlungen des Dienstverhältnisses, Beförderungen, Laufbahnwechsel und für förderliche Verwendungsentscheidungen. Auch hier zeigt sich, dass die Aussage von einer Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer nichts als Augenwischerei ist. Gemeint ist immer und ausschließlich eine bevorzugte Beförderung von Frauen in Vorteilspositionen.

Nun könnte man meinen, dass dem Gesetz doch noch eine gewisse Fairness innewohnt, denn schließlich ist immerzu die Rede von gleicher Qualifikation. (Was unter Qualifikation zu verstehen ist, wird mit Gründlichkeit in §9 definiert). Aber weit gefehlt! In §10 Abs. 1 wird sichergestellt, dass Frauen nicht etwa eine geringere Qualifikation aufweisen als Männer: Die Dienststellen haben durch geeignete Maßnahmen die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Soldatinnen zu unterstützen. Von Soldaten ist hier nicht die Rede.

Im Klartext: Wenn ein männlicher Soldat eine hauchdünne Chance auf gerechte Bewertung seiner

Leistung in Form von Beförderung haben will, dann muss er schon eine erheblich höhere Qualifikation aufweisen als seine Mitbewerberin. Da beim militärischen Dienst vielfach spezielle Fähigkeiten gefragt sind, die außerhalb der Bundeswehr gar nicht zu erlangen sind, ist ein Mann hier gleich doppelt benachteiligt. Schließlich soll er – wenn er zum Zuge kommen will - eine höhere Qualifikation mitbringen, wird aber nicht, wie die Frauen, bei Erlangung dieser Qualifikation unterstützt.

Die Gleichstellungsbeauftragte (SGleichB)

Die Funktion einer Soldaten-Gleichstellungsbeauftragten wird ebenfalls im SGleiGesetz festgelegt. Sie sorgt dafür, dass nicht etwa ein Vorgesetzter die Bestimmungen des SGleiGesetz umgeht, nur weil der womöglich daran interessiert sein könnte, ohne Zwangsvorgabe das bestmögliche Personal auszuwählen.

Obwohl Männern und Frauen alle Laufbahnen der Bundeswehr offen stehen, gibt es eine kleine Ausnahme: Der Posten der Gleichstellungsbeauftragten darf ausschließlich von Frauen besetzt werden! Zudem darf die SGleichB nur von Frauen gewählt werden. Männer dürfen an der Abstimmung gar nicht teilnehmen.

Ist die SGleiB gewählt, verfügt sie über zahlreiche Sonderrechte, die in den §§17-21 SGleiGesetz festgelegt sind. Von den umfassenden Rechten hier nur die wichtigsten:

- Mitwirkung bei Einstellung und Aufstieg
- Mitwirkung bei Auswahl- und Beurteilungsrichtlinien
- Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Belästigung
- Unmittelbares Vortragsrecht bei der Dienststellenleitung
- Schriftliches Votum bei personellen Angelegenheiten
- Einspruchsrecht bei allen Maßnahmen der Dienststelle, die das SGleiGesetz betreffen
- Durchsetzung dieses Einspruchs per Gericht

Der Dienstgrad der SGleichB spielt übrigens keine Rolle. So kann ein Stabsunteroffizier (weiblich) gegen die Personalentscheidung eines Obersten oder Generals schriftlich Einspruch erheben und dies notfalls per Truppendienstgericht durchsetzen.

Der Gleichstellungsplan

Das Sahnehäubchen der Gender-Politik bei der Bundeswehr ist der so genannte Gleichstellungsplan, der nach §11 SGleiGesetz zu erstellen ist. Dort wird genau verzeichnet, inwieweit die Gleichstellung von Soldatinnen und Soldaten vorangeschritten ist. Und wenn die totale Gleichstellung in Form von Quote noch nicht erreicht ist, muss hier dargelegt werden, warum dem nicht so ist, und was die Dienststelle dagegen zu tun gedenkt. Hier nur ein kleiner Auszug aus §11:

Inbesondere sind zur Erhöhung des Anteils der Soldatinnen in den einzelnen Bereichen Maßnahmen zur Durchsetzung notwendiger personeller und organisatorischer Verbesserungen im Rahmen konkreter Zielvorgaben vorzusehen. In jedem Gleichstellungsplan ist in Bereichen, in denen Soldatinnen unterrepräsentiert sind, für die Besetzung von Dienstposten die Anzahl von Soldatinnen festzulegen, die der [...] Quote entspricht.

Besonders interessant ist, dass hier nicht einmal mehr der Anschein gewahrt wird, dass es um irgendeine Art von Gleichberechtigung geht. Es wird schlicht die Anzahl der Soldatinnen festgelegt, die zur Erfüllung der Quote erforderlich sind. Von Qualifikation ist hier keine Rede mehr.

Der Sport

Soldaten brauchen zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine gewisse körperliche Leistungsfähigkeit. Dafür hat die Bundeswehr in einer eigenen Weisung, den so genannten Basic-Fitness-Test eingeführt, der ein Einstellungskriterium ist und danach jährlich wiederholt werden muss. Dieser Test enthält eine Kraft-, eine Schnellkraft- und eine Ausdauerdisziplin. Obwohl in einem Einsatz die physischen Anforderungen an Soldaten und Soldatinnen gleich groß sind, müssen Soldatinnen bei der Kraftdisziplin für dieselbe Punktzahl bei der Kraftdisziplin etwa 30% weniger leisten, bei den beiden anderen Disziplinen sind es ca. 13%. Begründet wird diese Regelung mit Nachteilen der Konstitution des weiblichen Körpers.

Die Praxis

Es ist nach Studium dieser Gesetze kaum zu glauben, dass überhaupt noch Männer bei der Bundeswehr als Zeitsoldaten eingestellt werden, solange die Frauenquoten nicht erfüllt sind. Dass dies dennoch nicht der Fall ist, hat einen einfachen Grund. Es bewerben sich trotz gesetzlich praktisch festgeschriebener Einstellungsgarantie, Förderung und Beförderung nicht genügend Frauen. Die wenigen, die Interesse zeigen, bewerben sich dazu noch häufig auf dieselben Dienstposten.

Laut einer Jugendumfrage aus dem Jahr 2004 können sich nur 5% aller 14-23-jährigen Frauen eine Verpflichtung „sicher vorstellen“, weitere 12% „unter Umständen“. Ob sie es dann auch tun, wenn die Berufswahl ins Haus steht, steht auf einem anderen Blatt.

Selbst in den US-Streitkräften, die zur Gleichstellung der Frau in der Armee gleich ein eigenes Institut geschaffen haben, sind nur 14% aller Dienstposten mit Frauen besetzt. Mehr Frauen wollen offensichtlich gar nicht zur Armee.

Das hat zur Folge, dass in Zukunft fast jede Frau, die überhaupt an die Tür zur Bundeswehr klopft, ohne große Hürden direkt einen Vertrag bekommt. Anders sind die Quoten einfach nicht zu erfüllen. Und nur so lässt sich verhindern, dass sich der Dienststellenleiter für die Nichterfüllung der Quote rechtfertigen muss.

Die Umfrage

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr hat 2008 eine umfangreiche Umfrage mit dem Titel „Truppenbild mit Dame“ gestartet. Zum Teil wurden dieselben Fragen früher schon einmal gestellt und mit der neueren Umfrage verglichen.

Beim Lesen des Berichts ist Vorsicht angebracht, weil vom Autor manche Antwort ziemlich frei gedeutet wurde. So geben fast 70% der befragten Soldaten an, die Integration von Frauen in die Bundeswehr gebe der Emanzipation der Frauen neuen Schwung (S. 84). Der Autor freut sich über diesen Effekt. Ob sich die Soldaten auch darüber freuen, es fürchten oder als bloße Tatsache ansehen, bleibt im Dunkeln.

Ingesamt sind die Ergebnisse dennoch aufschlussreich: So lehnen 92% der Soldaten Privilegien für Soldatinnen ab. Das sind noch einmal 6% mehr als 2005 (S. 85). Dies deutet darauf hin, dass

1. viele befragten Soldaten ihre Erfahrungen mit den Sonderstatuten für Frauen gemacht haben und diese nicht für gut befinden
2. eine wachsende Anzahl der Männer erkannt hat, welche massiven Nachteile ihnen mit der Frauenförderung beim Bund erwachsen

Erstaunlich ist aber, dass auch 72% der Frauen solche Privilegien ablehnen.

Unter den Bestimmungen des SGleG Gesetz leiden nämlich auch die Soldatinnen, und zwar diejenigen, welche die Schützenhilfe des Gesetzes eben nicht brauchen und wollen. Denn bei jeder Beförderung oder Belobigung einer Soldatin steht schließlich unausgesprochen der Verdacht der Vorteilsnahme im Raum, auch wenn dies in vielen Fällen gar nicht zutrifft.

Außerdem beklagt das Institut, dass die Frauen versuchen, sich an die gegebenen Verhältnisse anpassen zu wollen, anstatt – so der Autor - ihre „weibliche Kultur“ mit einzubringen.

Das Institut zieht aus den Ergebnissen der Umfrage den Schluss, dass ein intensives Gender- und Integrationstraining nötig sei.

Fazit

Es ist positiv anzumerken, dass wirklich geeigneten und dazu befähigten Frauen nunmehr der Weg in die Streitkräfte offen steht. Angesichts der demographischen Entwicklung bleibt bei einem unveränderten Auftrag der Bundeswehr auch keine andere Möglichkeit, als Frauen gleichermaßen zum Dienst in den Streitkräften zu gewinnen.

Allerdings wird die Bundeswehr hier als Experimentierfeld für die Ideologie des Gender-Mainstreaming missbraucht. Die zunehmende Zahl von Auslandseinsätzen der Bundeswehr bringt es mit sich, dass die Soldaten zwangsläufig beruflichen Gefährdungen ausgesetzt sind. Dann zeigt sich, ob die so genannte Gleichstellung eine wirkliche Chancen- und Risikenteilung bedeutet, oder ob es einfach nur um Vorteilspositionen für Frauen geht. Das Soldatinnen- und Soldaten-Gleichstellungsgesetz ist ein Hindernis auf dem Weg zu echter Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung.

Es kann daher unter den jetzigen Umständen keinem jungen Mann und auch keiner jungen Frau mehr geraten werden, Soldat bei der Bundeswehr zu werden. Solange kriegerische Auseinandersetzungen unvermeidbar sind, muss die Qualifikation und Effizienz der Truppe höchste Priorität haben. Die sogenannte Gleichstellungspolitik wird aber beinahe zwangsläufig zu einem Absinken dieser Kennziffern führen, die Folgen werden sich zwangsläufig in einem höheren Blutzoll zeigen. Feministische Interessen sind eine Sache - eine militärische Auseinandersetzung zu gewinnen ist eine andere.

<http://manndat.abplesk01.de/index.php?id=584>

[Zurück](#)

Offener Brief: Gesetz gegen Beschneidung

Dem Deutschen Bundestag liegt zurzeit ein Gesetzentwurf vor, der jegliche Art der *Beschneidung* von Mädchen ächtet, die Beschneidung von Jungen jedoch nicht.

Angesichts der oft schwerwiegenden, zum Teil tödlichen Konsequenzen, die Genitalverstümmelung auch bei Jungen und jungen Männern hat, ruft MANNdat dazu auf, unseren Offenen Brief an den Deutschen Bundestag zu schicken und gegen diesen Gesetzentwurf zu protestieren:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Gesetzentwurf des Bundesrates Drucksache 867/09 (Beschluss) 12.02.10 Gesetz gegen Beschneidung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit o.g. Drucksache wird dem Bundestag ein Gesetzentwurf vorgelegt, der jegliche Art der Beschneidung von Mädchen auch außerhalb von Deutschland ächtet, Beschneidung von Jungen jedoch nicht, unabhängig davon, wie und mit welchen Konsequenzen sie durchgeführt wird.

Die Initiatoren und Initiatorinnen dieses Gesetzes ignorieren, dass eine Beschneidung an Jungen gleichermaßen einen irreparablen Eingriff an einem Kind darstellt, gegen den es sich nicht wehren kann. Es geht dabei um nichts weniger als um eine Verletzung der körperlichen Unversehrtheit und der Selbstbestimmung - und somit um Gewalt gegen Jungen.

Selbst bei einem operativen Eingriff mit strenger medizinischer Indikation können schwerste Komplikationen auftreten. Allein die Anzahl der Narkoseunfälle bei Beschneidungen von Babys in den USA wird auf mehrere hundert pro Jahr geschätzt. Weltweit werden aber Beschneidungen von Jungen mit primitivsten Werkzeugen und ohne Narkose vorgenommen, was nicht selten zu bleibenden Schäden, Zeugungsunfähigkeit oder gar zum Tode führt. In Südafrika sterben beispielsweise jährlich etwa 100 Jungen infolge solcher Beschneidungen.

Durch die Ausgrenzung von Jungen aus der Schutzwürdigkeit wird Gewalt gegen Jungen toleriert, wird die Unteilbarkeit der Menschenrechte ignoriert und die Verpflichtung zu einer geschlechtsneutralen Gesetzgebung missachtet.

Wir appellieren an Sie, den Gesetzesentwurf dahingehend zu ändern, dass auch die Beschneidung von Jungen weltweit zu ächten ist. Eine Beschneidung darf, außer bei akuten medizinischen Indikationen, überhaupt nur an volljährigen Personen mit deren ausdrücklichem Einverständnis vorgenommen werden.

[Zurück](#)

Männer finanzieren, Frauen profitieren

Laut Bundesfamilienministerium ist unter Gender Budgeting die „geschlechtsdifferenzierte Analyse der öffentlichen Haushalte“ zu verstehen. Unter anderem soll die Verteilung der Ausgaben und Einnahmen öffentlicher Kassen auf die Geschlechter erfasst werden. Dies ist eine an sich schon fragwürdige Herangehensweise, zielt die Sozialstaatsidee doch darauf ab, im Rahmen der Sozialgemeinschaft die Bedürftigen, nicht aber ein bestimmtes Geschlecht zu unterstützen. Gleichwohl erfreut sich das Gender Budgeting als Teil der Gender-Ideologie wachsender Aufmerksamkeit. In unserem Nachbarland, der Schweiz, ist eine derartige Untersuchung der öffentlichen Haushalte bereits durchgeführt worden. Die Schweizer Studie deckte einen jährlichen Transfer in Höhe von 18,25 Milliarden Franken (das entspricht ca. 12 Mrd. Euro) von den Männern zu den Frauen auf. MANNdat macht nun – gegen die Gender-Ideologie deren eigene Instrumente wendend - als Erster die Rechnung für Deutschland auf. Wie unten gezeigt wird, stellen die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sowie die Sozialversicherungskassen Umverteilungspumpen dar. Diese verteilen aber nicht nur von den Leistungsfähigen zu den Bedürftigen um, vielmehr finden massive Transfers von den Männern zu den Frauen statt. Wie im Weiteren gezeigt werden wird, stellen die Männer in allen Systemen in weit überdurchschnittlichem Maße die Leistungserbringer, wohingegen in nahezu allen Systemen die Frauen weit überproportional profitieren. Der Schweizer Befund findet sich also für Deutschland bestätigt: MANNdat errechnete eine Transferleistung von Männern zu Frauen in Höhe knapp 92 Milliarden jährlich. Das wird den Feministinnen gar nicht schmecken, die das Instrument des „Gender Budgeting“ immer nur dann herauszaubern wollen, wenn damit zusätzliche Mittel für Frauen gefordert werden können.

http://manndat.de/fileadmin/Dokumente/Studien/Analyse_Gender-Budgeting.pdf

[Zurück](#)

Was sonst noch passierte: Ein satirischer Rückblick

Die dümmsten Artikel zum Frauentag 2010

Wir erwähnten es bereits in der Einleitung: Irgendwann zwischendurch war auch mal wieder Frauentag; ja, den gibt es tatsächlich noch. Es widerstrebt uns eigentlich zutiefst, der dümmlichen Berichterstattung zu dieser Veranstaltung mehr Aufmerksamkeit einzuräumen, als sie es verdient hätte. Aber erstens sehen wir ausgesprochen gerne von der Zuschauertribüne aus dabei zu, wie sich der Feminismus in der ermüdenden Aufzählung immergleicher Lügen und Halbwahrheiten zu Tode läuft. Und zweitens sind manche Beiträge der Medien anlässlich des Frauentags einfach so wunderbar bescheuert, dass man sie alleine schon aus Gründen des Amüsamangs gerne noch mal Revue passieren lässt.

Auf die *ZEIT* ist dabei, anders als früher, leider kaum noch Verlass. Noch 2008 tönte es selbstbewusst: „Frauen und Männer sind nicht gleichberechtigt. Deshalb ist wieder mehr Feminismus notwendig.“ Bei dieser Feststellung ist es gottlob geblieben, wir haben 2010 eher weniger Feminismus als 2008. Das zeigt sich auch an Christine Lemke-Matweys [Reflektionen](#) über „Käßmann, Hegemann und den diskriminierten Mann“, in denen sie zwar einerseits routiniert die bekannten Neidparolen über scheinbar schlechter bezahlte, bei Professorenstellen gefühlt unterrepräsentierte Frauen anstimmt, andererseits jedoch auf fehlende männliche Vorbilder für Jungs, benachteiligte Scheidungsväter und Internetforen gegen gewalttätige Frauen und Mütter hinweist und so zeigt, dass hier offenbar ein Umdenken in Gang gekommen ist.

Nun ja. Noch nicht so richtig. Wenn es immer schwieriger wird, feministische Propaganda bei erwachsenen Lesern unterzubringen, dann versucht man sein Glück halt mit einer Zielgruppe, die ebenso gutgläubig wie leicht formbar ist. So kam es denn, dass Redakteurin Sandra-Valeska Bruhns mal all das niederschreiben durfte, was ihr auf der feministischen Seele brannte, und das Ganze dann im Internetblog [KinderZEIT](#) erschien.

Motto: Man kann's ja mal versuchen, und vielleicht bleibt bei den jüngsten Lesern ja etwas hängen von dem, was die gute Märchentante ihnen erzählt: „Viele Frauen verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen, obwohl sie die gleiche Arbeit machen. Und viele Mädchen und junge Frauen bekommen in den Entwicklungsländern keine gute Ausbildung, so dass sie gar keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit finden.“ – „Bisher sind rund 20 Prozent der Abgeordneten auf der ganzen Welt weiblich. Doch um die Interessen der Frauen richtig zu vertreten und auf drängende Probleme hinzuweisen, müssen es noch mehr werden.“

Nun gab es allerdings einige böse Onkels, denen sich ob solch freimütiger Interpretation der Wirklichkeit die Nackenhaare sträubten. Sie nutzten die von der *ZEIT* gebotene Möglichkeit, ihr Missfallen in der dafür vorgesehenen Kommentarspalte kundzutun – und warten noch heute darauf, dass ihre Beiträge dort zu lesen sind. Was allerdings nachvollziehbar ist, denn wenn zarte Kinderseelen unvermittelt mit der garstigen Realität in Berührung kommen, ist das gar nicht gut für sie. Wegen dem Kindeswohl, Sie verstehen. Besser ist es, sie noch ein wenig einzulullen und dabei diskret im Sinne

menschenfreundlicher Ideologien wie dem Feminismus einzunorden. Wie der Hase wirklich läuft, erfahren sie noch früh genug. Wenn auch nicht unbedingt aus der *ZEIT*.

Und schon gar nicht aus dem *SPIEGEL*. Der veröffentlichte anlässlich des Frauentags einen [Artikel](#) mit der bemerkenswerten Überschrift „Frauen können von ihrem Job kaum leben“. Das widerspricht zwar millionenfach jeglicher Realität in diesem Lande, in dem immer mehr Frauen Vollzeit arbeiten. Aber wer wird denn da gleich so pingelig sein? Auch beim Spiegel wird man registriert haben, dass das öffentliche Interesse am Frauentag Jahr für Jahr mauer wird. Da braucht es hin und wieder eine griffige Formulierung, um die Leute aus ihrem Tiefschlaf zu wecken. Der gute Zweck heiligt bekanntlich die Mittel.

„Neuen Regierungsdaten zufolge arbeiten heute 640.000 Frauen weniger Vollzeit als noch vor zehn Jahren - und nur wenige könnten von ihrem Lohn allein leben“, schreibt der Spiegel. Es kommt halt immer darauf an, welche Statistik man in die Hand nimmt. Erwischt man die richtige und wählt man den Zeitraum möglichst geschickt, lässt sich damit belegen, was man nur will. Wie war doch gleich nochmal die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Zuge der Wirtschaftskrise? Ist die Arbeitslosenzahl bei den Männern nicht stark angestiegen, bei den Frauen hingegen sogar noch zurückgegangen?

Hallo??!! Interessiert das vielleicht irgend jemanden? Eine Statistik, die belegt, dass es Frauen besser ergeht? Wer zum Henker will so etwas denn lesen? Es könnte beim Leser am Ende Zweifel am ewigen, unverrückbaren Opferstatus der Frau wecken. Das geht nun gar nicht, vor allem nicht am Frauentag.

So findet sich in diesem Beitrag geradezu folgerichtig der folgende Satz: „Am Freitag hatte das Statistische Bundesamt mitgeteilt, dass deutsche Frauen 2008 im Schnitt 23,2 Prozent weniger verdient haben als Männer.“ Gut, das Statistische Bundesamt weist beim Veröffentlichenden dieser Zahlen stets gebetsmühlenartig darauf hin, diese Zahlen ließen keinerlei Schlüsse zu über den Unterschied bei den Verdiensten von Männern und Frauen, die den gleichen Beruf ausüben, ähnlich lange im Beruf sind und vergleichbare Bildungsabschlüsse haben. Das schreibt sogar der Spiegel selber, wenn auch in einem anderen Artikel. Aber wer hat schon die Zeit, all das zu lesen. Und hätte eine solche zweitrangige Information nicht die ganze Dramaturgie dieses Artikels zerstört?

Wo dieser doch gerade auf einen dramatischen Höhepunkt zusteuert: „Laut Statistischem Bundesamt bestreitet nicht einmal jede zweite deutsche Frau ihren Lebensunterhalt überwiegend durch ihre eigene Erwerbs- oder Berufstätigkeit.“ Empörend ist das, jawoll! Diese Kerle nehmen, rücksichtslos wie sie sind, den Frauen die schönen Arbeitsplätze weg und halten sie damit in wirtschaftlicher Abhängigkeit. Festgekettet an Bett und Herd. Und zur Sportschau muss sie ihm dann auch noch die Flasche Bier und die Schnittchen an den Fernsehsessel bringen.

Doch wie kommt es bloß, dass sich Wehklagen und Verzweiflung der Frauen angesichts dieser schockierenden Umstände in so überaus überschaubaren Grenzen bewegen? Weil sehr viele von denen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch eigene Arbeit decken, mit diesem Leben mehr als zufrieden sind? Das weibliche Privileg der Wahlfreiheit zwischen Vollzeitjob, Halbtagsstelle und Hausfrauendasein genießen? In den meisten Fällen auf einen Mann zurückgreifen können, der für sie das Geld mitverdient, Geld, über das sie, die Frauen, auch noch zu durchschnittlich mehr als 70 Prozent verfügen dürfen?

Wer da noch Vollzeit arbeiten geht und das nicht unbedingt muss, ist ganz schön blöd. Das denken sich vermutlich auch bemerkenswert viele Frauen. Sie haben für die vielfältigen Bemühungen, ihnen unbedingte Karrierewilligkeit und das Erreichen der allerhöchsten Gehaltsstufen als einzigen Weg zu Zufriedenheit, Selbstverwirklichung und Lebensglück ans Herz zu legen, oft nur ein müdes Lächeln übrig.

Dafür sind Männer oft die besseren Feministinnen. Der Frauentag bringt es gnadenlos ans Licht: Eine bestimmte Sorte Männer meint offensichtlich, bei Frauen etwas gut machen zu müssen. Getrieben von Scham und Schuldgefühlen über Jahrtausende patriarchalischer Unterdrückung, gebärden sie sich feministischer als so manche Frau, streifen sich das Büßergewand über und schwingen sich zum unbedingten Fürsprecher weiblicher Interessen auf.

Werner Balsen scheint solch ein Mann zu sein. In der [Berliner Zeitung](#) wettet er: „Jedes Jahr, vor dem Internationalen Frauentag, ruft die EU-Kommission zum Kampf gegen die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern in Europa auf. Und jedes Mal ändert sich so gut wie nichts. Das ist bedauerlich, weil Einkommensunterschiede, deren Ursache allein darin begründet sind, ob jemand Angestellter oder Angestellte, Busfahrer oder -fahrerin ist, aufgeklärten demokratischen Staaten Hohn sprechen.“ Folglich fordert er Gesetzesinitiativen, um „die unterschiedliche Bezahlung von Mann und Frau bei gleichartigen Tätigkeiten“ zu beseitigen.

Balsen nennt sich Wirtschaftsredakteur, das erstaunt. Offensichtlich sind ihm gewisse Mechanismen freier Märkte und die tatsächliche Berechnung der Lohndifferenz nicht vertraut. Ginge es in der Wirklichkeit so zu wie er in seinem papiernen Manifest behauptet, würde es also tatsächlich einen Unterschied bei der Bezahlung machen, ob jemand Busfahrer oder -fahrerin ist: dann würden die Arbeitgeber (selbst das „Risiko“ möglicher Schwangerschaften mit eingerechnet) zuhauf Busfahrerinnen einstellen, denn die wären schließlich gut 23 Prozent billigere Arbeitskräfte als ihre männlichen Kollegen. Gerade im öffentlichen Dienst, gebeutelt von leeren kommunalen Kassen, würde man diese Gelegenheit dankbar beim Schopfe packen. Allein: Kein Arbeitgeber, auch nicht in der Privatwirtschaft, macht so etwas.

Müssen wir auch Herrn Balsen auf die diversen, oben bereits angesprochenen Verlautbarungen des Statistischen Bundesamtes aufmerksam machen, die kategorisch darauf verweisen, dass sich die pauschalen Einkommensunterschiede zwischen der Gesamtheit(!) der männlichen und der Gesamtheit(!) der weiblichen Beschäftigten umso nachhaltiger verflüchtigen, je mehr man diese Einkünfte überhaupt miteinander vergleichbar macht? Es wird uns wohl nichts anderes übrigbleiben.

Wie stellt sich Balsen nun eigentlich die gesetzlichen Initiativen zur Herstellung von Gleichheit, Gerechtigkeit und Geschlechterfrieden vor? Er führt hierzu aus: „Vorstellbar wären etwa Vorschriften, die Unternehmer verpflichten, Lohnunterschiede zu rechtfertigen oder ihre Vergütungssysteme verständlich und nachvollziehbar zu machen.“

Das wird die Firmen enorm freuen. Unternehmer müssen schon jetzt stapelweise in regelmäßigen Abständen Berichte und Statistiken für alle möglichen Ämter erstellen. Künftig also womöglich noch mehr. Es wird eine umfangreiche Lohngleichheits-Bürokratie erschaffen. Und was wird dabei

herauskommen? Dass es eine gezielte, durchgängige Gehaltsdiskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts in Deutschland nicht gibt. Dass Männer deshalb höhere Einkünfte erzielen als Frauen, weil sie andere Berufe und Tätigkeiten ausüben, länger in den Firmen und im Berufsleben sind, mehr Überstunden machen, häufiger die unangenehmeren Jobs erledigen, oft genug in ihren Jobs mehr leisten.

Wir werden dann, statistisch nochmals abgesichert, schwarz auf weiß das lesen können, was realistisch denkende Menschen schon jetzt wissen. Zukünftiger Frauentags-Jammerei würde damit zu einem großen Teil jegliche sachliche Grundlage entzogen. Ob Herr Balsen das wirklich will?

Die *WELT* wiederum hielt den Internationalen Frauentag offenbar für das geeignete Datum, den weiblichen Minderwertigkeitskomplexen mal wieder so richtig Nahrung zu geben. Unter der Überschrift „[Mann am Steuer, das wird richtig teuer](#)“ heißt es triumphierend: „Die deutschen Männer müssen ganz tapfer sein. Denn jetzt fällt auch ihre letzte Bastion. Frauen und Mädchen sind besser in der Schule, kommunizieren besser, sind sozialer und arbeiten effektiver. Das belegen Untersuchungen. Jetzt fahren sie auch noch besser Auto. Laut einer Studie des Auto Clubs Europa (ACE) sind sie die besseren Autofahrer. Im Straßenverkehr fallen Frauen deutlich weniger durch Alkoholdelikte oder aggressives Fahren auf. Auch die Zahl der durch Autofahrerinnen verursachten Unfälle mit Personenschaden sei sehr viel geringer.“

Überlesen wir die Ansammlung idiotischen Schwachsinn, der dazu dient, den Leser zur Kernaussage dieses Artikels hinzuführen, gnädig. Darauf inhaltlich darauf einzugehen, wäre zuviel der Ehre. Wenden wir uns lieber eben dieser Kernaussage zu: Frauen seien die besseren Autofahrer, weil sie unter anderem rein numerisch weniger Unfälle erzeugen. Das hat bekanntlich nur solange Gültigkeit, bis man in der Unfallstatistik die durchschnittliche Kilometer-Fahrleistung berücksichtigt. Tut man dies, ergibt sich ein gänzlich anderes Bild, denn die Unfallbelastung je gefahrenem Kilometer ist bei Männern geringer als bei Frauen.

Wir sind nicht so vermessen, daraus jetzt gleich schlusszufolgern, Männer seien per se die besseren Autofahrer. Schließlich ergibt sich, was Trunkenheitsfahrten angeht, wiederum ein anderes Bild, das eher den Frauen schmeichelt. Und, nein, wir widerstehen eisern jeglicher Versuchung, hier auf den Fall Käßmann hinzuweisen, der dieses schöne Bild seinerseits wiederum ein wenig eintrüben könnte. Nein, den Namen Margot Käßmann werden wir in diesem Zusammenhang nicht einmal erwähnen!

Statt dessen wenden wir uns zum Abschluss unserer kleinen Presseschau der *taz* zu. Die ließ es sich nicht nehmen, den Frauentag standesgemäß zu würdigen und ließ zur Feier des Tages eine *Sondertaz* vom Stapel. Allerdings, und das ist scheinbar bemerkenswert, zum Thema Männer. Es scheint so etwas wie der neueste Frauentags-Trend zu sein: Wo das Aneinanderreihen der immergleichen Textbausteine aus Anlass des 8. März Journalisten wie Leser einfach nur noch anödet, verspricht die Beschäftigung mit Männern – und das zum Frauentag – einen erfrischend neuartigen Ansatz.

Wer nun allerdings glaubt, es kämen dabei endlich die harten Fakten auf den Tisch und es würden fleißig feministische Glaubenssätze in Frage gestellt, der kennt die unglaubliche publizistische Vielfalt nicht, die hierzulande herrscht. Wenn Journalisten über die Probleme von Männern schreiben, gibt es im Grunde nur zwei Sorten Artikel, die dabei herauskommen können. Artikel nach Schema 1

thematisieren die sogenannte „Krise des Mannes“, tun dies aber derart oberflächlich und klischeehaft, dass nur ja kein Leser auf die Idee kommt, diese angebliche Krise könnte das logische Resultat bewusst betriebener, gezielter Frauenertüchtigung bei gleichzeitiger Beschneidung der Möglichkeiten von Männern sein.

Artikel, die nach Schema 2 aufgebaut sind, zeigen – jede Krise verlangt schließlich nach ihrer Überwindung! – Lösungsansätze auf für eine krisenfeste, glückliche Zukunft auch der männlichen Bevölkerungshälfte, die ja gewissen Verlautbarungen zufolge immer auch ein Ziel des Feminismus war. Wenn Männer nur endlich den Frauen bei der Karriere den Vortritt ließen und ihre persönliche Selbstverwirklichung in Hausarbeit und Kinderaufzucht suchten, wäre das Glück der Geschlechtergleichheit vollkommen.

So wie bei [Cem Özdemir](#). Der, so verkündet die *taz* mit unverkennbarer Befriedigung, ist Feminist. Ehrlich gesagt wundert uns das nur wenig. Erstens wäre der smarte, oft ein wenig glatt wirkende Chefgrüne neben Giovanni di Lorenzo unsere Idealbesetzung für die Rolle des charmanten, manchmal ein wenig devoten Frauenverstehers, und zweitens ist er dafür ohnehin schon in der idealen Partei. Und weil er halt Feminist ist, rasselt er brav sein Sprüchlein herunter wie ein Kleinkind sein Gedicht unterm Weihnachtsbaum: „Solange Männer und Frauen nicht gleichberechtigt sind, das heißt Macht ebenso teilen wie Verantwortung, und gerade auch Migrantinnen nicht gleichberechtigt teilhaben können, dürfen Sie mich als Feministen bezeichnen.“

So einfach also können Weltbilder gestrickt sein, und wie man sieht, sind nicht mal Spitzenpolitiker davor gefeit. Solange Frauen also immer noch 23 Prozent weniger (blablabla...) und durch gläserne Decken (blablabla...), solange bleibt die Sicht des grünen Vorturners auf die Realität wie in Beton gegossen bestehen, und es steht kaum zu erwarten, dass ihn irgendetwas zu Lebzeiten von solch simplen Anschauungen abbringen kann.

Immerhin ist er der einzige der befragten Männer, der sich selber unverblümt als Feministen outet. Andere reden lieber drumherum im spürbaren Bemühen, dieser heutzutage eher stigmatisierenden Etikettierung zu umgehen. Der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter, Jahrgang 1923, sieht sich selber nicht als Feministen – er hat aber, wie er freimütig bekennt, „Pos gepudert und Windeln gewechselt.“ (Keine Angst, lieber Leser, wir versichern Ihnen, dass man dadurch noch lange nicht zum Feministen wird.) Und: „Die Frauen haben mich immer als ihren Verbündeten betrachtet.“ Kann passieren, muss Ihnen aber in Ihrem Alter nicht mehr peinlich sein, Herr Richter. Gewisse Verirrungen sind in Ihrer Generation schließlich gehäuft aufgetreten, warum also nicht auch diese.

Verdi-Chef Frank Bsirske, heißt es, setze sich für „feministische Ziele“ ein und meint damit „echte Gleichberechtigung, eine andere Rollenverteilung sowie echte Wertschätzung der Arbeit von Frauen.“ Sein Resümee: „Ob mich das zum ‚Feministen‘ macht, wage ich nicht zu beurteilen.“ Wir dagegen wagen das umso mehr, und leider zeigt unser Daumen in diesem Fall eindeutig nach unten. Ob Bsirske, Jahrgang 52, noch lernfähig ist? Wir sind da eher skeptisch, wenn sich schon sein Bruder im Geiste Özdemir, Jahrgang 65, jeglichem Erkenntniszugewinn verschließt. Zumindest der Theorie nach steht der Pfad der Erleuchtung jedoch auch ihnen offen.

Natürlich gilt das auch für die *taz*-Redaktion. Allerdings: Wäre es nicht schade, wenn sich rund um den Frauentag mit einem Male schnöde Vernunft breit machte und der gesunde Menschenverstand Einzug

hielte, womöglich gar noch im Bunde mit Realitätssinn und Logik? Uns würde doch einiges an Unterhaltung fehlen, wenn auf einmal alle so schrecklich vernünftig und realistisch wären. Zum Frauentag würde das außerdem überhaupt nicht passen.

Indes ist das kaum wirklich zu erwarten, weswegen uns *taz* und Co. aller Voraussicht nach auch am 8. März 2011 mit ihren überaus geistreichen Darlegungen beglücken werden. Jede Wette!

[Zurück](#)

Das rechte Männer-Bundesforum

Jüngst ereilten uns zwei Meldungen, die anscheinend nicht viel miteinander zu tun haben. Da wäre zum einen ein als Studie getarnter Schüleraufsatz eines gewissen Herrn Gesterkamp unter dem etwas sperrigen Titel „Geschlechterkampf von rechts - Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalieren“, das wir mit Verwunderung gelesen haben – insbesondere im Hinblick darauf, was neuerdings alles als Studie durchgeht und wie weit inzwischen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung auf wissenschaftliche Ansprüche verzichtet wird.

Die zweite Meldung betraf das mit dem Segen von und der Finanzierung durch das Bundesfrauenministerium neu gegründete „Bundesforum Männer“. Selbiges Bundesforum sehen wir uns doch gerne einmal durch die Gesterkampsche Brille an. Aber schön der Reihe nach.

In dem oben erwähnten Machwerk des „Männerforschers“ Gesterkamp mit dem qualitativen und wissenschaftlichen Anspruch eines Bildzeitungsartikels (wir entschuldigen uns bei „BILD“ für diesen Vergleich) werden durch die Bank weg alle Männerrechtsgruppen, die es wagen Forderungen zu stellen, den Feminismus zu kritisieren und die zunehmende Entrechtung von Männern zur Sprache zu bringen, in die Nähe von Rechtsradikalen gerückt. Dabei bedient sich der Autor einer genauso alten wie immer noch wirksamen Methode: Nimm dir einfach ein kleines Puzzleteil, das deine Theorie stützt, reiße es aus dem Gesamtzusammenhang und vergesse alle weiteren Fakten, die dem widersprechen könnten. Stelle Behauptungen auf, verzichte auf Quellenangaben und verarbeite sprachlich alles zu einem Brei, der ausgewalzt das gewünschte Zerrbild ergibt. Der gute Herr Gesterkamp, der offensichtlich unter einer ausgeprägten recht-links-Sehschwäche leidet, übersieht dabei nur ein wesentliches Detail: Je mehr Leute als „rechtsradikal“ bezeichnet werden, die es nachweislich nicht sind, umso mehr senkt man die Hemmschwelle für die tatsächlich Radikalen. Früher oder später nimmt niemand mehr diesen Vorwurf ernst, was zwar der Demokratie schadet, den Rechtsradikalen aber nutzt. Ist das das eigentliche Ziel des Herrn Gesterkamp? Versucht er durch die Hintertür, den Rechtsextremismus zu bagatellisieren, gar salonfähig zu machen? Ist er der rechtsextreme Wolf im linken Schafspelz? Zumindest muss man sich über solche Parallelen zum rechtsextremen Milieu Gedanken machen. Übrigens: MANNdat gilt ihm als „rechtsradikal“, weil es ein Interview des Vereins in der „Jungen Freiheit“ gegeben hat. Die zwei bis drei Dutzend weiteren Interviews in anderen Medien spielen bei seiner „rechts“-Einschätzung natürlich genauso wenig eine Rolle wie die übrige Arbeit des Vereins. So einfach kann die Welt sein.

Genau dieser Herr Gesterkamp, der mehr als einmal derartige Hilfsdienstleistungen an Rechtsradikale lieferte, ist auch im „Bundesforum Männer“ vertreten, und selbiges stellt sich (zumindest mehrheitlich) hinter den halbseidenen Autor. Zitat von der Homepage des Bundesforums:

„...Daher schließen wir uns der in seiner Mail geäußerten Haltung von Thomas Gesterkamp an: „Wichtiger als unnötige Detail-Streitereien finde ich, die politische Auseinandersetzung mit den in meiner Expertise genannten Gruppen zu führen. Ich halte es dabei für falsch, pauschal von ‚Akteuren einer rechtsradikalen Männerbewegung‘ zu sprechen. Es ging mir bei meinen Recherchen darum, eine Grauzone zu beleuchten, Verbindungen deutlich zu machen und die fehlende Distanzierung zum rechtsextremen und rechtskonservativen Milieu zu skandalisieren.“

Also alles kein Problem. Erst stellt man die fordernde Männerrechtsbewegung auf eine Stufe mit Rechtsradikalen, dann rudert man halbherzig zurück und schon ist im „Bundesforum Männer“ alles erledigt.

Das ist jedoch ein Irrtum, denn wenn man sich die Homepage der Vereinigung ansieht, die Äußerungen und Ziele betrachtet und die Gesterkampsche Radikalendefinition auf Krabbelgruppenniveau zugrunde legt, hat sich hier ein neuer rechter Verein gegründet! Das glauben Sie nicht? Wir auch nicht. Dennoch bieten wir hier eine „Studie“ im Stil der „Expertise“ eines Herrn Gesterkamp. Wir werden uns dabei alleine an den Fakten orientieren und nur die Deutungen im Gesterkampschen Sinn vollführen:

In den Zielen des Bundesforums fehlt die Forderung nach Abschaffung der Zwangsdienste der Männer. Damit steht das Bundesforum ganz eindeutig im Zeichen des deutschen Militarismus und der Wehrmacht. Typisch für extrem rechte und rechtsradikale Gruppierungen. Selbst der rechte Verein MANNdat fordert die komplette Abschaffung der Zwangsdienste und räumt zu diesem Zweck einem linken Totalverweigerer ein Platz für sein Tagebuch auf der Homepage ein. Das Bundesforum steht also noch rechter als MANNdat.

Doch noch schlimmer: Kein Satz über die besonders schlechte Situation von Migranten! Ausländische Mitbürger werden von diesem Bundesforum Männer offensichtlich komplett ausgespart. Das kann nur ein Zeichen von Ausländerfeindlichkeit sein, wenn selbst der rechte MANNdat-Verein Petitionen zur Verbesserung der Situation von Migranten geschrieben und auf Grund der Ignoranz der Politik selbst eine Migranten-Studie erstellt hat.

Hinzu kommt noch ein geradezu unglaublicher Akt rechtsradikaler Gesinnung: Nicht nur, dass sich unter den Unterstützern auch SPD-nahe Personen befinden, wo doch rund zwei Dutzend SPD-Mitglieder Interviews in der „Jungen Freiheit“ gegeben haben. Es ist sogar eine Organisation der evangelischen Kirche darunter, wo doch zahlreiche Vertreter dieser Einrichtung ebenfalls Interviews in der „Jungen Freiheit“ gaben. Was für ein rechtslastiger Sündepfuhl, wenn schon das eine MANNdat-Interview von Januar 2008 einen rechtsextremen Vorwurf begründet.

An dieser Stelle möchten wir unsere Studie mit Gesterkampschen Anspruch beenden. Wir weisen aber darauf hin, dass wir es dabei für falsch halten, beim Bundesforum Männer pauschal von "Akteuren einer rechtsradikalen Männerbewegung" zu sprechen, auch wenn wir bereits in der Überschrift das

Gegenteil suggerieren. Es ging uns bei unseren Recherchen lediglich darum, eine Grauzone zu beleuchten, Verbindungen deutlich zu machen und die fehlende Distanzierung zum rechtsextremen und rechtskonservativen Milieu - insbesondere zu Gesterkamp - zu skandalisieren.

[Zurück](#)

Mehr Feminismus für Afghanistan. Und alles wird gut.

Da sterben in Afghanistan deutsche Soldaten am laufenden Band – natürlich für die Demokratie in Deutschland, versteht sich. Aber da es ja bisher ausschließlich Soldaten und keine Soldatinnen waren, kümmert das gewisse Kreise bestenfalls am Rand.

Ein bisschen Mitgefühl natürlich muss aber schon sein. So dachte man sich wohl auch bei Anne Will in deren gleichnamiger ARD-Talkshow. Dort stand unlängst eine Sendung unter dem Motto „Lieber Mädchenschulen bauen als Taliban bekämpfen“. Offenbar ein fast schon verzweifelt anmutender Versuch gewisser Gruppen, dem Afghanistan-Einsatz so etwas wie eine moralische Legitimation aufzupropfen, denn wenn es etwas gibt, wofür man bedenkenlos männliche Soldaten verheizen darf, dann sind es natürlich Mädchenschulen.

Damit nicht genug. Im Verlauf der Sendung ging man – hier ist insbesondere die Grüne Kerstin Müller hervorzuheben – den Ursachen für den nach wie vor stattfindenden Krieg gnadenlos auf den Grund: Nicht nur mehr Mädchenschulen müssten gebaut werden, es fehle vor allem an Gleichstellungsbeauftragten. Und ruck zuck wären die Probleme gelöst, alles wird gut. Man könnte an Satire glauben, doch nein, so etwas meinen Politiker und Journalisten im real existierenden Patriarchat der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich bitterernst.

Eigentlich wollten wir uns hier ausführlicher mit den tollen Vorschlägen der Frau Müller befassen, aber ausgerechnet Spiegel-Online kam uns zuvor. Den Link zum lesenswerten Artikel findet der geneigte Leser am Schluss. Doch nicht genug damit. Im Satireteil der Online-Zeitung war auch noch ein Kommentar zu lesen, der so gut ist, dass wir uns eigene Worte sparen können. Unter der Überschrift „Hoffnung für Afghanistan“ konnte man da lesen, Zitat:

Kerstin Müller (Bündnis 90/Die Grünen), Afghanistan-Expertin ihrer Partei, erläuterte in der ARD bei Anne Will die Lage am Hindukusch.

Wie viele andere Grüne hatte Müller dem Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan erst nach intensiver Gewissensprüfung zustimmen können, kam aber schließlich nicht umhin, den schweren Schritt zu gehen. So ist auch momentan an ein Ende des Krieges nicht zu denken. Denn, was viele Menschen sich hierzulande gar nicht vorstellen können: "Dort gibt es keine Frauenbeauftragten!" Zumindest nicht in den Gebieten, die von den Taliban kontrolliert werden. Ein Abzug der Bundeswehr ist daher erst möglich, wenn sich die Taliban in der Frauenbeauftragten-Frage einsichtig zeigen. Nach den Plänen Müllers sollten zudem neben Warlords vermehrt Warladies zum Zuge kommen, bei der Zusammensetzung der Taliban-Führung müsse endlich die Frauenquote beachtet werden.

Dem gibt es nichts hinzuzufügen. Bleibt nur zu hoffen, dass das nicht der Herr Gesterkamp liest, denn sonst könnte es schnell passieren, dass Spiegel-Online in seinem nächsten Schüleraufsatz als rechtsradikales Schmierblatt aufgeführt wird. Bei der Kritik am feministischen Ungeist ist nämlich Schluss mit lustig.

<http://www.spiegel.de/kultur/tv/0,1518,689722,00.html>

<http://www.spiegel.de/spam/0,1518,689804,00.html>

[Zurück](#)